

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1531/2019**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 28.01.2019

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Dr. Klaus Dieter Greilich, FDP-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Sport und Integration	06.02.2019	Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

**Vorlage des Integrationskonzeptes der Universitätsstadt Gießen
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.1.2019 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, sein bisheriges und sein zukünftiges Integrationskonzept vorzulegen.“

Begründung:

Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche und Politikfelder in unserem föderal organisierten Gemeinwesen betrifft. Die wichtigste Integrationsebene ist jedoch die Kommune. Hier leben, wohnen und arbeiten die Menschen. Hier sind Krippen. Kindertagesstätten, Betriebe, Schulen und Vereine, in denen gemeinsam gelernt und gearbeitet und das menschliche Miteinander geübt wird.

In Gießen leben Menschen aus über hundert Nationen, viele von ihnen schon seit Jahrzehnten.

Sie sollen unabhängig von Nationalität, Religion oder Weltanschauung die Möglichkeit haben, sich hier wohl zu fühlen. Dies erfordert sowohl Toleranz als auch die Fähigkeit, sich vorurteilsfrei mit dem jeweils Fremden auseinander zu setzen.

Für die Freien Demokraten äußert sich Toleranz einerseits durch den Respekt deutscher Bürger gegenüber fremden Sitten, andererseits durch Akzeptanz deutscher Gewohnheiten

durch Mitbürger mit Migrationshintergrund. Um in diesen Sinne ein verbessertes Zusammenleben der Gießener mit ihren zugewanderten Mitgliedern zu fördern, hat die FDP gemeinsam mit ihren damaligen Koalitionspartnern beispielhaft für ganz Hessen die Stabsstelle eines/einer Integrationsbeauftragten geschaffen.

Da zum einen diese Stabsstelle seit Jahren weder personell noch inhaltlich in geeigneter Weise besetzt ist und andererseits der Bedarf an Integrationsanstrengungen durch den erheblichen Zuzug von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern deutlich gewachsen ist, wird der Magistrat gebeten darzustellen, wie er diesen Aufgaben in Zukunft erfolgreich begegnen will.

Dabei geht es uns Freien Demokraten insbesondere um Maßnahmen von Bildung und Qualifikation zur Vermeidung von Parallelgesellschaften. Außerdem sollen Unterstützersysteme wie die interkulturelle Kindertagesstättenfachberatung ausgebaut werden, um frühen Erwerb von Sprachkompetenz, individuelle Förderung von Begabungen und gemeinsame Werteorientierung voran zu bringen.

Dr. Klaus Dieter Greilich